

## **INTERKOMMUNALE BETRIEBSGEBIETE:**

### **DAS NEUE ZAUBERWORT IN DER RAUMORDNUNG AM BEISPIEL EINES KONKRETEN THEMAS.**

Am 20. September 2001 veranstalteten die Raumordnungsabteilung des Amtes der Salzburger Landesregierung und der Regionalverband „Salzburg Stadt und Umgebungsgemeinden“ eine Tagung zum Thema „Interkommunale Standortkooperationen bei Gewerbegebieten“.

Ausgehend von einem sich massiv verändernden wirtschaftlichen Umfeld (Globalisierung der Märkte, budgetpolitische Voraussetzungen, künftige Erweiterung der EU etc.) kommt es auf allen Ebenen zu einem immer härter werdenden Standortwettbewerb. Davon sind auch die Gemeinden nicht ausgenommen. Weniger attraktive Wirtschaftsstandorte werden dadurch – insgesamt betrachtet – in ihrer Entwicklung nicht nur behindert, sondern sogar zurückgeworfen.

#### **BASIS: GEMEINSAME STRATEGIEN.**

Viele Gemeinden – nicht nur in Salzburg, auch in Niederösterreich – unternehmen große Anstrengungen, um im eigenen Gemeindegebiet neue Betriebe anzusiedeln, oft auf Kosten der Nachbargemeinden. Dieser unerbittliche Konkurrenzkampf steht einer Kooperation unter den Gemeinden häufig im Wege - die Zusammenarbeit ist aber ein Gebot der Stunde! An die Stelle des vielfach praktizierten Einzelkämpfertums muss die Entwicklung gemeinsamer Strategien treten. Nur so ist die Erreichung eines kollektiven Optimums möglich. Erfreulicherweise hat in einigen Bereichen bereits ein Umdenken eingesetzt, sodass sich schon auf einigen Ebenen eine derartige Vorgehensweise etablieren konnte (z.B. im Rahmen der Wasserversorgung, der Abwasserbeseitigung und der Abfallentsorgung, im Tourismus, etc). Diese Kooperationen bedeuten in der Regel für alle Beteiligten eine Kosteneinsparung bzw. Kostenminimierung. Auf Grund der Rahmenbedingungen ist dies bei neu anzusiedelnden Arbeitsplätzen nicht mehr so einfach.

In Hinblick auf diese Prämisse wurden den Teilnehmern der Tagung in fünf Referaten Informationen über den Stand und die Möglichkeiten interkommunaler Zusammenarbeit bei Gewerbegebieten in Deutschland und Österreich vermittelt.

- ? Interkommunale Gewerbegebietsprojekte in Nordrhein-Westfalen aus Sicht der Stadtforschung
- ? Kooperation von Gemeinden zur Entwicklung von Wirtschaftsstandorten in Österreich (Studie im Rahmen des EFRE-Projekts „Alpenraum“ aus dem Programm INTERREG IIIB für transnationale Zusammenarbeit)
- ? Fallbeispiel – Interkommunaler Gewerbepark Odenwald in Baden-Württemberg
- ? Fallbeispiel – Regionaler Wirtschaftsverband Grieskirchen-St.Georgen-Tollet in Oberösterreich
- ? Fallbeispiel – Projektierter Wirtschaftspark an der geplanten Nordautobahn A5 in Niederösterreich

#### **ÖSTERREICH UND DEUTSCHLAND IM VERGLEICH.**

Bei der Analyse von bestehenden bzw. geplanten Kooperationen in Österreich und in Nordrhein-Westfalen wurden ziemlich gleich lautende Beweggründe als auch Hemmnisse für eine Kooperation von Gemeinden herausgearbeitet und aufgezeigt.

Für eine Zusammenarbeit bei der Entwicklung von Wirtschaftsstandorten sprechen folgende Aspekte:

- Fehlen geeigneter Flächen in einer Gemeinde

- *Fehlen der finanziellen und auch personellen Ausstattung der einzelnen Gemeinden, um ein regional bedeutendes Gewerbegebiet zu entwickeln (professionelles Standortmarketing, Aufteilung der Erschließungskosten)*
- *Möglichkeit der besseren infrastrukturellen Ausstattung größerer Standorte führt zu höherer Attraktivität für Unternehmen*

*Als Hindernisse für eine interkommunale Zusammenarbeit ist Folgendes anzuführen:*

- *Nichtverfügbarkeit der ins Auge gefassten Standorte*
- *Notwendigkeit der Abstimmung der Entscheidungen mit den Kooperationspartnern*
- *Teilweiser Einnahmenverzicht gegenüber einer einzelgemeindlichen Lösung*
- *Persönliche Animositäten zwischen den Repräsentanten der Kooperationspartner (handelnde Personen „können miteinander nicht“)*

*Die durchschnittliche Fläche eines interkommunalen Gewerbegebietes in Nordrhein-Westfalen beträgt 60 bis 80 Hektar, während österreichische Projekte in der Regel einen Bruchteil davon umfassen (Ausnahme ist das geplante Projekt an der Nordautobahn in Niederösterreich).*

*Jeder Partner zieht unterm Strich einen Nutzen aus dem gemeinsamen Projekt, da durch das gemeinsame Vorgehen in Summe mehr erreicht wird, als wenn eine Gemeinde das Projekt alleine durchzieht. Auf die einzelne Gemeinde entfällt als Folge der Aufgabenaufteilung ein geringeres Risiko. Der zwischengemeindliche Konkurrenzkampf innerhalb einer Region bei Ansiedlungswünschen von Unternehmen wird vermieden.*

### **ÖSTERREICHISCHE FALLBEISPIELE.**

#### **? *Regionaler Wirtschaftsverband Grieskirchen-St. Georgen-Tollet in Oberösterreich***

*Die Ausgangssituation stellte sich folgendermaßen dar: Die Schul- und Industriestadt Grieskirchen als Zentrum der Region verfügt nur über geringe Betriebsgebietsflächen. Der Nachbargemeinde St. Georgen hingegen stehen geeignete Flächen in größerem Ausmaß an einer Bundesstraße zur Verfügung, und die Gemeinde Tollet sucht für ein zu sanierendes Objekt (Schloss) eine geeignete Nutzung (geplantes Technologie- und Gründerzentrum).*

*Auf verschiedenen Ebenen bestanden zwischen diesen Gemeinde bereits funktionierende Kooperationen (Abfallverband, Wasserversorgung, Kindergartenwesen etc.), sodass es nahe lag, auch bezüglich eines Betriebsansiedlungsgebietes zusammenzuarbeiten. Die drei Gemeinden einigten sich auf einen Aufteilungsschlüssel für die gemeinsamen Ausgaben und Einnahmen aus diesem Projekt. Dieser wurde auch mittels Verordnung des Landes in den Satzungen des neu gegründeten Regionalen Wirtschaftsverbandes verankert. Auch wenn es für die Standortgemeinde des Betriebsgebietes auf den ersten Blick einen Einnahmenverzicht bedeutet, so werden – insgesamt gesehen – große Synergieeffekte aus diesem Projekt erwartet:*

- *Vermeidung eines Konkurrenzkampfes in der Region bei Firmenanfragen*
- *Unterstützung für diese Kooperation von Landesseite her (Werbung und Vermarktung über landeseigene Technologie- und Marketing GmbH.)*
- *Minimierung des Gesamtrisikos durch Aufgabenaufteilung*
- *Stärkung der Zusammenarbeit in der Region*

#### **? *Projektierter Wirtschaftspark an der geplanten Nordautobahn A5 in Niederösterreich***

*Vor dem Hintergrund des zu erwartenden EU-Beitrittes Tschechiens und der Slowakei sowie des geplanten Baus der Nordautobahn (A5) von Wien in Richtung Brunn sind 8 Weinviertler Gemeinden eine regionale Kooperation eingegangen: Gemeinsam soll ein starker Betriebsstandort (Wirtschaftspark mit etwa 50 Hektar Fläche) im Einzugsbereich des Städtedreiecks Wien–Brunn–Pressburg entwickelt werden. Unterstützt durch das Weinviertel Management sowie die niederösterreichische Regionale Entwicklungsagentur Eco Plus GmbH wurden in einem ersten Schritt Standortvorschläge der Gemeinden beurteilt und die zwei*

bestgeeigneten ausgewählt, die vom Managementzentrum St. Gallen (vgl. Beitrag: Wie geht's mit dem Nachbarn? ab Seite 14) in einem weiteren Schritt einer detaillierten, umsetzungsorientierten Machbarkeitsstudie unterzogen werden. Weiters wurde von der Beratergruppe gemeinsam mit den Gemeinden ein Phasenmodell für die Umsetzung entwickelt. Dieses Projekt ist ein echtes Vorzeigebispiel für eine vorausschauende Raumentwicklung, eine profunde Projektentwicklung und eine zukunftsweisende Gemeindekooperation. Einziger kaum kalkulierbarer Faktor ist die Errichtung der neuen Autobahn, deren Fertigstellung derzeit für 2010 erwartet wird.

#### **DIE QUINTESSENZ.**

Aus raumplanerischer und regionalwirtschaftlicher Sicht besteht größte Notwendigkeit für Kooperationen bei der Standortfestlegung und Erschließung neuer Gewerbegebiete bzw. Einkaufszentren in peripherer Lage.

Eine zukunftsorientierte Strategie muss also die Zusammenarbeit mit Partnern beinhalten. Dies reicht etwa von den großen internationalen Fusionen im Banken- oder Telekomwesen bis hin zur Kooperation von zwei, drei oder mehr Gemeinden zur Entwicklung eines attraktiven Wirtschaftsstandortes.

Um bei der Erschließung und Ausweisung neuer Wirtschaftsstandorte auf Zusammenarbeit zwischen Gemeinden zu drängen, sollten die Bundesländer ihre Einflussmöglichkeiten (z.B. aufsichtsbehördliche Genehmigung von Baulandwidmungen, Gewährung von Förderungen und Zuschüssen) entsprechend nutzen.

DIPL.-ING. NORBERT STRÖBINGER

ABTEILUNG RAUMORDNUNG UND REGIONALPOLITIK, ST. PÖLTEN

#### **Zitat:**

Nationaler und internationaler Standortwettbewerb haben sich verschärft, die Ansprüche von Unternehmensgründern und Betriebsansiedlern sind gestiegen. Die Gemeinden müssen daher für Unternehmen immer häufiger Standorte finden, die dem überregionalen oder sogar dem internationalen Standard entsprechen. Der einfachste Weg, solche Standorte bieten zu können, ist die Kooperationen zwischen mehreren Gemeinden.